

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, GAL und WLH

1. Die Stadt Haan verhandelt mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB) unverzüglich über die kostenfreie Überlassung des Unterrichtsgebäudes für Zwecke der Flüchtlingsbetreuung.
2. Die Stadt Haan legt im Lichte der Ergebnisse der Gespräche unter Ziff. 1 dem Rat am 03. Februar 2015 den Entwurf eines Mietvertrages mit dem BLB zur Unterbringung von Flüchtlingen vor, der sich auf das ganze Gelände der Landesfinanzschule einschließlich des Unterrichtsgebäudes bezieht.
3. Dieser Antrag ist im weiteren Verlauf des aktuellen Sitzungszyklus desweiteren im HFA am 27. Januar 2015 zu behandeln.
4. Eine Nutzungsänderung für die nicht zur Unterbringung gedachten Gebäude und Gebäudeteile ist herbeizuführen.

Jörg Dürr (SPD), Andreas Rehm (GAL), Peter Schniewind (WLH)